Protokoll
über die öffentliche Sitzung
des Rates
der Stadt Georgsmarienhütte vom 03.03.2016
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Niedersachsen, Raum-Nr. 181

Anwesend:

Vorsitzende

Schmeing-Purschke, Ulrike

Mitglieder

Bahlo, Dagmar
Beermann, Volker
Bußmann, Ludwig
Büter, Rainer ab TOP 14
Dälken, Martin
Daudt, Georg
Dierker, Annalena
Düssler, Frank
Funke, Petra
Gröne, Christoph
Grothaus, Ludwig
Haskamp, Clemens Dr.
Hebbelmann, Udo
Holz, Benedikt
Jakob, Georg
Jantos, Annette
Kir, Emine
Kompa, Peter
Korte, Thomas
Kraegeloh, Klaus
Laermann, Reimund
Lorenz, Robert
Lüchtefeld, Johanna
Lücke, Dagmar
Müller, Arne
Noureldin, Nabil Dr.
Olbricht, Jutta
Pesch, Karl-Heinz
Pohlmann, Ansgar
Rehm, Johannes
Ruthemeyer, Christoph
Schmechel, Peter
Schoppmeyer, Thorsten
Selige, Dieter
Springmeier, Wolfgang
Symanzik, Julian
Trimpe-Rüschemeyer,
Heinrich
Wallenhorst, Sandra

Verwaltung

Plogmann, Karl-Heinz
 Dimek, Torsten
 Happe, Cordula
 Lührmann, Bärbel
 Nentwig, Annegret
 Krüger, Nele

Protokollführer/in

Jahnke, Claudia

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:55 Uhr

T a g e s o r d n u n g

TOP	Betreff
------------	----------------

1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung von Protokollen
a) Protokoll Nr. 1/2016 über die öffentliche Sitzung des Rates am 20.01.2016
b) Protokoll Nr. 6/2015 über die nichtöffentliche Sitzung des Rates am 09.12.2015
c) Protokoll Nr. 7/2015 über die nichtöffentliche Sitzung des Rates am 17.12.2015
3.	Bekanntgabe eines in der nichtöffentlichen Sitzung am 17.12.2015 gefassten Beschlusses
4.	Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Oesede
Vorlage: BV/037/2016
5.	Beförderung des Leiters des Fachbereiches IV – Bauverwaltung, Stadtplanung, Tiefbau und Umwelt zum Städtischen Oberrat
Vorlage: BV/042/2016
6.	Annahme einer Spende der Firma Wiemann Möbel für die Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge mit Betten
Vorlage: BV/016/2016
7.	Sachspenden für die Graf-Ludolf-Schule im 4. Quartal 2015
Vorlage: BV/019/2016
8.	Kauf und Umbau der Erdgeschossflächen im Rathaus Georgsmarienhütte
Vorlage: BV/040/2016

9. Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 275
"Seniorenzentrum Kloster Oesede"
Wechsel des Vorhabenträgers
Vorlage: BV/041/2016
10. Überörtliche Prüfung gemäß §§ 1 bis 4 NKPG; Finanzstatusprüfung
Vorlage: MV/004/2016
11. Konzessionsvergabeverfahren Stromversorgungsnetz - Festlegung der
Auswahlkriterien
Vorlage: BV/024/2016
12. Aufnahme von Kommunaldarlehen
Vorlage: BV/020/2016
13. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2015
Vorlage: MV/007/2016
14. Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft - Antrag SPD/DIE LINKE
Vorlage: BV/023/2016
15. Erhebung von Straßenbaubeiträgen
a) Antrag auf Aufhebung der Satzung der Stadt Georgsmarienhütte über die
Erhebung von Beiträgen nach § 6 des Niedersächsischen
Kommunalabgabengesetzes für straßenbauliche Maßnahmen
(Straßenausbausatzung – ABS) vom 16.12.2004 in der Fassung vom
11.11.2010
b) Antrag auf Anhebung der Steuersätze für die Grundsteuern A und B von
derzeit 360 v.H. auf 395 v.H.
Vorlage: BV/031/2016
16. Bebauungsplan Nr. 233 "Findelstätten - Erweiterung" 1. Änderung - Ergebnis
der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 BauGB und der Behörden
gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/021/2016
17. Bebauungsplan Nr. 276 "Teckelhagen - Erweiterung" - Abwägung nach
erneuter Beteiligung - Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/022/2016
18. Gebietsänderung Stadt Georgsmarienhütte/Gemeinde Bissendorf
Vorlage: BV/030/2016
19. Bericht des Bürgermeisters
20. Beantwortung von Anfragen
- 20.1. Sitzungsgeld
21. Anfragen

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Ratsvorsitzende Schmeing-Purschke eröffnet die öffentliche Sitzung des Rates und begrüßt die Anwesenden, insbesondere die zahlreichen Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreter der Presse. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung beantragt Ratsfrau Jantos, den TOP 18 „Gebietsänderung“ vorzuziehen, da der Antragsteller, Herr Bluhm, schon anwesend sei und zu diesem Punkt angehört werden möchte. Ihm könnte so eine lange Wartezeit erspart bleiben.

Dieser Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen abgelehnt.

Ansonsten werden zur Tagesordnung keine Anmerkungen vorgetragen. Sie wird einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 10 der Geschäftsordnung des Rates fragt die Ratsvorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte.

Herr Sören Bluhm möchte zu TOP 18 „Gebietsänderung“ gehört werden. Herr Möller bittet um Anhörung zu TOP 15 „Straßenausbaubeiträge“.

Gegen die Anhörung der vorgenannten Einwohner zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten werden keine Einwände erhoben.

2. Genehmigung von Protokollen

a) Protokoll Nr. 1/2016 über die öffentliche Sitzung des Rates am 20.01.2016

b) Protokoll Nr. 6/2015 über die nichtöffentliche Sitzung des Rates am 09.12.2015

c) Protokoll Nr. 7/2015 über die nichtöffentliche Sitzung des Rates am 17.12.2015

Zu Form und Inhalt der Protokolle werden keine Bedenken vorgetragen.

Folgende Beschlüsse werden einstimmig gefasst:

a) Das Protokoll Nr. 1/2016 über die öffentliche Sitzung des Rates am 20.01.2016 wird genehmigt.

b) Das Protokoll Nr. 6/2015 über die nichtöffentliche Sitzung des Rates am 09.12.2015 wird genehmigt.

c) Das Protokoll Nr. 7/2015 über die nichtöffentliche Sitzung des Rates am 17.12.2015 wird genehmigt.

3. Bekanntgabe eines in der nichtöffentlichen Sitzung am 17.12.2015 gefassten Beschlusses

Ratsvorsitzende Schmeing-Purschke gibt bekannt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung des Rates am 17.12.2015 die befristete Niederschlagung einer Gewerbesteuerforderung beschlossen wurde.

**4. Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Oesede
Vorlage: BV/037/2016**

Bürgermeister Pohlmann erläutert den vorliegenden einstimmigen Beschlussvorschlag aus dem Verwaltungsausschuss zur Ernennung des bisherigen Ortsbrandmeisters für eine weitere sechsjährige Amtszeit.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte beschließt auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr Oesede und nach Anhörung des Kreisbrandmeisters, Herrn Michael Heinze für die Zeit vom 01.04.2016 – 31.03.2022 unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter der Stadt Georgsmarienhütte zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Oesede der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Georgsmarienhütte zu ernennen.

**5. Beförderung des Leiters des Fachbereiches IV – Bauverwaltung, Stadtplanung, Tiefbau und Umwelt zum Städtischen Oberrat
Vorlage: BV/042/2016**

Bürgermeister Pohlmann erläutert den einstimmigen Beschlussvorschlag aus dem Verwaltungsausschuss und bittet um Zustimmung zur Beförderung des Herrn Dimek, der seit dem 01.10.2015 wieder als Fachbereichsleiter bei der Stadt Georgsmarienhütte tätig ist.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Beamte Torsten Dimek wird mit Wirkung vom 01. Mai 2016 zum Städtischen Oberrat ernannt und in eine freie und besetzbare Planstelle der Besoldungsgruppe A 14 der Bundesbesoldungsordnung A eingewiesen.

**6. Annahme einer Spende der Firma Wiemann Möbel für die Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge mit Betten
Vorlage: BV/016/2016**

Bürgermeister Pohlmann erläutert zur aktuellen Flüchtlingssituation, dass, wie auch der Presse zu entnehmen war, die Verteilung der Flüchtlinge auf die Kommunen derzeit zurückhaltend sei. Die wöchentliche Verteilquote für die Kommunen sei aufgrund niedriger Zugangszahlen reduziert worden, so dass die zunächst bis Ende März vorgesehene Anzahl von 203 Flüchtlingen jetzt bis voraussichtlich Ende April 2016 gelte. Die Situation in Georgsmarienhütte stelle sich so dar, dass aktuell alle zunächst in Notunterkünften untergebrachten

Flüchtlinge in dauerhafte Wohnungen umziehen können. In der nächsten Woche werde eine weitere Familie mit sechs Personen aus Syrien erwartet.

Bzgl. der Gebäudesituation führt er aus, dass mit einem Aufbau und einer planmäßigen Fertigstellung des Modulbauhauses an der Kolpingstraße bis Ende März gerechnet werde, eine Nutzung wäre dann ab Mitte April möglich. Die von der Firma Wiemann gespendeten Hochbetten würden für die Einrichtung dieser neuen Unterkünfte verwendet. Er stellt abschließend noch einmal klar, dass die Stadt die geleisteten Investitionen zur Unterbringung von Flüchtlingen nicht in vollem Umfang vom Landkreis Osnabrück erstattet bekomme, so dass eine solche Spende gern angenommen werden sollte.

Folgender Beschluss wird bei 2 Enthaltungen einstimmig gefasst:

Die Annahme der Sachspende der Firma Wiemann Möbel, 50 Hochbetten zur Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge, im Wert von 13.506,50 € wird genehmigt.

**7. Sachspenden für die Graf-Ludolf-Schule im 4. Quartal 2015
Vorlage: BV/019/2016**

Die Ratsvorsitzende Schmeing-Purschke trägt den einstimmigen Beschlussvorschlag aus dem Verwaltungsausschuss vor.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Die Annahme der Sachspenden des Fördervereins der Graf-Ludolf-Schule für die Graf-Ludolf-Schule in einem Gesamtwert von 1.553,04 € wird genehmigt.

**8. Kauf und Umbau der Erdgeschossflächen im Rathaus Georgsmarienhütte
Vorlage: BV/040/2016**

Erster Stadtrat Plogmann erläutert den einstimmigen Beschlussvorschlag aus dem Verwaltungsausschuss. Er weist darauf hin, dass sich im Zuge des Mieterwechsels vom Jibi-Einkaufsmarkt auf die Drogeriekette Rossmann eine Leerstandsfläche ergeben habe, die der Stadt, die bereits seit längerem Interesse an weiteren Flächen angemeldet habe, als Mietfläche angeboten wurde. In weiteren Verhandlungen habe sich dann auch die Möglichkeit ergeben, den gesamten gewerblich genutzten Teil, der 31,2 % der Gesamtfläche ausmacht, zu den bereits im Eigentum der Stadt stehenden 68,8 % des Gebäudes zu erwerben. Diese Möglichkeit sei allen Fraktionen im Rahmen der Haushaltsklausuren für das Jahr 2016 vorgestellt worden. Fraktionsübergreifend sei der Auftrag an die Verwaltung ergangen, das Projekt weiter zu verfolgen und in konkrete Verhandlungen mit der Investorengemeinschaft einzusteigen. Die benötigten Mittel seien bereits in den Haushalt 2016 eingestellt worden. Das Ergebnis der Verhandlungen spiegele jetzt der heutige Beschlussvorschlag wider.

Auf Anfrage des Ratsherrn Dälken bestätigt Erster Stadtrat Plogmann, dass neben der Rossmann-Fläche die gewerblichen Flächen im Rathausgebäude an der Oeseder Straße erhalten bleiben. Der für den Kaufpreis aufzunehmende Kredit werde durch die entsprechenden Mieteinnahmen refinanziert. Die freien Flächenanteile übernehme die Stadt u.a. für die Unterbringung der KFZ-Zulassungsstelle. Auf Anfrage des Ratsherrn Hebbelmann erklärt er, dass bzgl. anstehender Sanierungen zwar kein Gutachten erstellt worden sei, die bei einer Begehung des Gebäudes festgestellten Mängel bzw. der Sanierungsbedarf aber in der Verwaltungsvorlage dargestellt worden seien. Darüber hinaus seien keine Schäden bekannt.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, lässt die Ratsvorsitzende über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgender Beschluss wird bei drei Enthaltungen einstimmig gefasst:

1. Der Rat stimmt dem Kauf der bislang noch nicht im städtischen Besitz befindlichen Gebäudeanteile des Rathauses von der Eigentümergemeinschaft „Tysk Ejendomme Invest XVIII“ zu einem Kaufpreis von 3.950.000 € zzgl. der anfallenden Nebenkosten für Notar und Grundbuchamt zu. Der Bürgermeister wird beauftragt, einen entsprechenden Kaufvertrag notariell ausfertigen zu lassen und den Vertrag mit dem Verkäufer zu schließen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die mögliche Nutzung anteiliger Flächen für den Verwaltungsbereich vorzubereiten und den in dieser Vorlage skizzierten Umbau im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel umzusetzen.

**9. Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 275
"Seniorenzentrum Kloster Oesede"
Wechsel des Vorhabenträgers
Vorlage: BV/041/2016**

Bürgermeister Pohlmann erklärt, dass die Verwaltung zwischenzeitlich davon in Kenntnis gesetzt worden sei, dass ein Wechsel des Vorhabenträgers nicht stattfindet, sondern dass es lediglich einen Wechsels bzgl. eines Gesellschafters der KG gegeben habe. Aufgrund dieser geänderten Sachlage sei eine Beschlussfassung durch die städtischen Gremien nicht notwendig.

Der Vollständigkeit halber führt Bürgermeister Pohlmann in Bezug auf die sich in der letzten VA-Sitzung ergebenden Fragen aus, dass in diesem Seniorenzentrum eine Demenzgruppe geplant sei, und zwar in einer integrierten Variante verbunden mit den üblichen Pflegegruppen, ergänzt um Bewegungsräume im Garten.

Wortmeldungen liegen nicht vor, so dass die Beratung dieser Angelegenheit wie dargelegt ohne Beschlussfassung abgeschlossen werden kann.

**10. Überörtliche Prüfung gemäß §§ 1 bis 4 NKPG;
Finanzstatusprüfung
Vorlage: MV/004/2016**

Ratsherr Selige, der Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, informiert entsprechend der Mitteilungsvorlage und der allen Ratsmitgliedern vorliegenden Prüfungsmitteilung des Präsidenten des Nds. Landesrechnungshofes über das Ergebnis der Finanzstatusprüfung. Er weist darauf hin, dass die Beanstandung bzgl. einer fehlenden Anpassung der Dienstanweisung zum Anordnungswesen etc. von der Verwaltung laut deren Stellungnahme aufgegriffen und die Dienstanweisung angepasst werde. Zudem gebe es Kritik bzgl. des nur geringen Umfangs der inneren Verrechnungen, der fehlenden Beschreibungen von wesentlichen Produkten, Leistungen, Maßnahmen sowie Zielen und Kennzahlen. Im Finanzausschuss habe man sich dahingehend verständigt, diese Defizite mit einer angemessenen Intensität und unter Berücksichtigung der personellen Ressourcen sowie der Wirtschaftlichkeit aufzuarbeiten. Er gehe davon aus, dass die Verwaltung ihre Vorschläge hierzu zu gegebener Zeit in einer Vorlage präsentiere. Gespannt sei er auf einen für Mai/Juni

angekündigten Bericht des Landesrechnungshofes, in dem die Ergebnisse aus der Prüfungsreihe der 30 selbständigen Gemeinden vergleichend gegenübergestellt werden.

Die Ausführungen und das Ergebnis der Finanzprüfung werden zur Kenntnis genommen.

11. Konzessionsvergabeverfahren Stromversorgungsnetz - Festlegung der Auswahlkriterien
Vorlage: BV/024/2016

Ratsherr Selige erläutert den einstimmigen Beschlussvorschlag aus dem Finanzausschuss und dem Verwaltungsausschuss zur Vorbereitung der Vergabe der Konzession für das Georgsmarienhütter Stromversorgungsnetz. Eine Entscheidung des Rates in dieser Angelegenheit sei Ende dieses Jahres vorgesehen. Er bittet um Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag.

Folgender Beschluss wird bei einer Enthaltung einstimmig gefasst:

1. Dem „Zweiten Verfahrensbrief“ im Vergabeverfahren der Konzession für das Stromversorgungsnetz in der Stadt Georgsmarienhütte und den darin enthaltenen Auswahlkriterien und deren Gewichtung wird zugestimmt (Anlage 2).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den „Zweiten Verfahrensbrief“ den jeweiligen Interessenten aus dem Interessenbekundungsverfahren zuzusenden und mit diesen in Verhandlungen über ihre indikativen Angebote zu treten.

12. Aufnahme von Kommunaldarlehen
Vorlage: BV/020/2016

Ratsherr Selige erläutert auch diesen einstimmigen Beschlussvorschlag aus dem Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft und dem Verwaltungsausschuss, der im Verwaltungsausschuss noch dahingehend ergänzt worden sei, dass in die Verhandlungen die Option von Sondertilgungen einbezogen werden solle. Diese Kreditaufnahme solle für den Kauf und Umbau des Rathauses beschlossen werden. Die Zinssätze seien derzeit günstig und die Wirtschaftlichkeit gegeben. Er bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Folgender Beschluss wird bei 2 Enthaltungen einstimmig gefasst:

Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte beschließt die Aufnahme von Kommunaldarlehen zu folgenden Bedingungen:

Höhe:	bis 5.000.000 €
Zinssatz:	bis 2,5% p.a.
Tilgung:	2 % (zuzüglich ersparter Zinsen)
Auszahlungskurs:	100 %
Zinsbindung:	bis Gesamtlaufzeit

In die Verhandlungen ist die Option von Sondertilgungen einzubeziehen.

13. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2015
Vorlage: MV/007/2016

Ratsherr Selige informiert über die im Jahr 2015 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen entsprechend der Mitteilungsvorlage.

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

**14. Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft -
Antrag SPD/DIE LINKE
Vorlage: BV/023/2016**

Dieser Tagesordnungspunkt basiert auf einen Antrag der SPD/DIE LINKE-Gruppe, der im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft sowie im Verwaltungsausschuss vorbereitend behandelt wurde. Aus dem Verwaltungsausschuss am 24.02.2016 liegt ein geänderter einstimmiger Beschlussvorschlag zum weiteren Verfahren vor.

Ratsherr Schmechel begrüßt diesen Beschlussvorschlag, der zeige, dass der dringende Bedarf an sozial verträglichem Wohnraum, jetzt noch verstärkt durch die Flüchtlingssituation, vom Rat insgesamt gesehen werde. Die Beschäftigung steige zwar insgesamt und die Steuereinnahmen seien hoch, aber aufgrund der teilweise negativen Lohnentwicklung trotz Mindestlohn, zahlreicher Minijobs und Beschäftigungen ohne Tarifverträge stünden viele Bürgerinnen und Bürger vor dem Problem, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Es fehlten Wohnungen im unteren Preissegment, was er u.a. darauf zurückführe, dass der soziale Wohnungsbau in den letzten Jahren immer mehr zurückgefahren worden sei. Nun müsse man nicht kleckern, sondern klotzen und es reiche nicht – wie von der Fraktion der GRÜNEN vorgeschlagen – lediglich Altbauten zu sanieren. Es sollten 7 Mio für den Bau von 100 neuen Wohnungen in die Hand genommen werden. Er gehe vor dem Hintergrund, dass die Stadtwerke Georgsmarienhütte über Rücklagen in Höhe von 11 Mio € verfügen, davon aus, dass die Stadt Georgsmarienhütte diese Summe stemmen könne. Beim Bauen mit Fertigteilen könnten neue Wohnungen dann zu Mietpreisen von 4,5 €/m² angeboten werden. Eine ggf. zu gründende Wohnungsbaugesellschaft sollte nicht den Zweck verfolgen, Rendite zu erwirtschaften. Vielmehr sei wichtig, diese durch den Rat kontrollieren zu können. Zur Umsetzung der Aufgabe, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, sollte die Stadt Fördergelder nutzen. Vorteilhaft sei das derzeit niedrige Zinsniveau. Der im Falle der Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung von seiner Aufgabe frei werdende Mitarbeiter der Verwaltung könne dann diese Angelegenheit bearbeiten.

Ratsherr Beermann erklärt, dass der ursprüngliche Antrag seiner Gruppe auf der Flüchtlingssituation basiere. Das Problem, bezahlbaren Wohnraum zu finden, bestehe aber schon seit längerem, und zwar nicht nur in Georgsmarienhütte. Viele Kommunen stünden vor der Herausforderung, jetzt handeln zu müssen. In der Vergangenheit seien in Georgsmarienhütte vornehmlich die Grundlagen zur Errichtung von Wohnraum für junge Familien in Form von Einfamilienhäusern geschaffen worden. Gefragt sei nun aber vermehrt Wohnraum für junge und ältere alleinstehende Personen und Start-up-Familien, die sich keinen teuren Wohnraum leisten können. Diesbezüglich habe die SPD/DIE LINKE-Gruppe schon immer mehr Mietwohnungsbau gefordert. Der Rat sei sich nun im Großen und Ganzen einig, alle Möglichkeiten zur Realisierung eines sozial gerechten Wohnungsbaus zu prüfen, einschließlich der Errichtung einer Wohnungsbaugesellschaft.

Ratsherr Dälken sieht ebenfalls einen dringenden Bedarf, bezahlbaren Wohnraum sowohl für Flüchtlinge, aber auch für junge Leute und ältere Alleinstehende zu schaffen. Er weist darauf hin, dass die Mietpreise der Bestandswohnungen laut Mietpreisspiegel noch in Ordnung seien, die Nachfrage aber das Angebot bei weitem übersteige. Die Preise für Wohnungen in Neubauten aber, um die es nun gehe, betrügen - nicht zuletzt durch die Vielfalt der Bau- und

Energieeinsparvorschriften - 8 bis 9 €/m². Vor diesem Hintergrund möge der Rat nun den vorliegenden Prüfauftrag erteilen.

Ratsherr Korte unterstützt den Antrag der SPD/DIE LINKE-Gruppe. Neue Baugebiete für Eigenheime und hochpreisige Mietwohnungen sollten nicht mehr im Fokus der Planungen stehen. Vielmehr müsse man sich der Herausforderung stellen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt die Ratsvorsitzende über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgender Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, die rechtlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Realisierung des sozial gerechten Wohnungsbaues zu prüfen.

Neben der Möglichkeit einer kommunalen Wohnungsgesellschaft sind die unterschiedlichen Modelle in einer Matrix darzustellen.

In Prüfung und Matrix sind insbesondere die gesellschafts-, steuer-, vergabe- und wettbewerbsrechtlichen Aspekte sowie insgesamt die Vor- und Nachteile darzustellen.

15. Erhebung von Straßenbaubeiträgen

a) Antrag auf Aufhebung der Satzung der Stadt Georgsmarienhütte über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes für straßenbauliche Maßnahmen (Straßenausbausatzung – ABS) vom 16.12.2004 in der Fassung vom 11.11.2010

b) Antrag auf Anhebung der Steuersätze für die Grundsteuern A und B von derzeit 360 v.H. auf 395 v.H.

Vorlage: BV/031/2016

Die Ratsvorsitzende Schmeing-Purschke gibt vor der Beratung dieser Angelegenheit Herrn Möller die Möglichkeit, gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates angehört zu werden. Herr Möller trägt vor, dass er den Antrag des Ratsherrn Lorenz unterstütze, ebenso wie zahlreiche Bürger, was eine Unterschriftensammlung belege. Seines Erachtens sollte eine Systemänderung in Sachen Straßenausbaubeiträge erfolgen.

Nach dieser Anhörung erteilt die Ratsvorsitzende Ratsherrn Lorenz das Wort, um seinen Antrag, zu dem in der Ratssitzung am 17.12.2015 eine Beschlussfassung verfasst und der nun vom Ausschuss für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr, vom Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft sowie im Verwaltungsausschuss – jeweils ohne Abstimmung – ausführlich vorbereitet worden ist, zu begründen.

Ratsherr Lorenz erklärt, dass seines Erachtens die derzeitige Satzung zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen nur Nachteile aufweise. Die Einnahmen von jährlich durchschnittlich ca. 350.000 € seien im Verhältnis zu den Ausgaben gering. Die Personalkosten lägen bei ca. 100.000 € pro Jahr, von der großen Belastung diese komplizierte Aufgabe zu bewältigenden Sachbearbeiters ganz zu schweigen. Hinzu kämen Ausgaben für anwaltliche Beratung und rechtliche Gutachten. Eine Notwendigkeit, den Systemwechsel zu begründen sehe er – entgegen der Meinung des Anwalts Roling – nicht. Es stünde im freien Ermessen des Rates, sich für oder gegen eine Straßenausbaubeitragssatzung zu entscheiden. Er weist darauf hin, dass er nie gesagt habe, zukünftig die Straßenausbaubaukosten durch eine Erhöhung der Grundsteuern zu finanzieren. Bekanntlich seien Steuern – im Gegensatz zu Beiträgen und Gebühren – nicht zweckgebunden, sondern ein allgemeines Finanzierungsmittel. Eine Verknüpfung der Aufhebung der Satzung und der Erhöhung der Grundsteuern

wäre falsch und unzulässig. Die heutige Entscheidung sei allein politischer Natur. Aus diesem Grunde sollte sich der Bürgermeister, der zu Neutralität verpflichtet sei, in dieser Angelegenheit heute enthalten. Das sich in Vorbereitung befindende neue Gesetz bzgl. der „wiederkehrenden Beiträge“ abzuwarten, halte er für nicht zielführend. Die darin eingeräumte Möglichkeit, größere Abrechnungsgebiete bilden zu können und dabei auf das Vorteilsprinzip abzustellen, sei kompliziert, führe zu zusätzlichen Fehlerquellen und bedeute einen enormen Verwaltungsaufwand.

Ratsherr Lorenz führt weiter aus, dass der Einnahmeausfall von jährlich ca. 250.000 € (350.000 € abzgl. 100.000 € eingesparter Personalkosten) durch eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes von 360 Prozent auf 395 Prozent, was Mehreinnahmen von ca. 400.000 € bedeuten würde, kompensiert werden sollte. Das Beispiel der Gemeinde Bohmte zeige, dass eine Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung ohne Gegenmaßnahmen zur Einnahmebeschaffung nicht funktioniere. Die vorgeschlagene Grundsteuererhöhung läge bei ca. 9,7 % pro Grundstück, was bei einem Einfamilienhaus ca. 25 bis 45 € pro Jahr ausmachen würde. Der Mehrbetrag könnte zudem auf die Mieter umgelegt werden, hier spreche man von ca. 10 bis 15 € im Jahr pro Mietwohnung. Bezug nehmend auf eine Äußerung des Ratsherrn Dälken in der letzten VA-Sitzung weist Ratsherr Lorenz darauf hin, dass das Franziskushospital keine Grundsteuer zahle; Krankenhäuser seien nach § 4 Ziff. 6 des Grundsteuergesetzes generell davon ausgenommen. Seiner Ansicht nach sei zudem die bisherige Satzung nicht gerichtsfest. Er bittet abschließend um Zustimmung zu dem vorliegenden Beschlussvorschlag zu 1 – Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung zum 30.06.2016 – und unabhängig davon zu 2. - Erhöhung der Grundsteuer, allerdings erst zum 01.01.2017.

Ratsfrau Jantos erklärt, dass die SPD/DIE LINKE-Gruppe eine klare, gerechte Regelung ohne großen Verwaltungsaufwand möchte. Gesetzlich sei man nun nicht mehr verpflichtet, eine Straßenausbaubeitragssatzung zu erlassen und der Rat könne sich selbst für oder gegen eine solche entscheiden. Die zunächst bei ihr aufgetretene Skepsis bei der ersten Diskussion dieser Angelegenheit sei gewichen. Der Straßenbau sei eine Infrastrukturmaßnahme vergleichbar mit Schulen, Kitas und ÖPNV, und für alle von Bedeutung. Die derzeitige unbefriedigende Situation, geprägt von hohem Verwaltungsaufwand, Rechtsstreitigkeiten und finanziell überforderten Anliegern müsse beendet werden. Auch Mieter profitierten von neuen Straßen und die Bevorteilung von Anliegern an Landes- und Bundesstraßen dürfe nicht länger hingenommen werden. Sie führt weiter aus, dass in Georgsmarienhütte die Grundsteuern seit 2003 nicht erhöht worden seien, so dass eine Anhebung in Höhe von 35 Prozentpunkten vertretbar sei. In diesem Zusammenhang müsse von der Möglichkeit, die Standards bei der Straßenunterhaltung und dem Straßenausbau selbst festzulegen, unbedingt Gebrauch gemacht werden. Leider sei in der Vergangenheit teilweise die Aufgabe der Straßeninstandhaltung vernachlässigt worden. Das Gesetzgebungsverfahren zu den „wiederkehrenden Beiträgen“ abzuwarten, halte auch sie für unnötig; sie befürchte vielmehr, dass diese Alternative die Probleme verschärfen würde und eine rechtliche Auslegung schwierig werde. Die SPD/DIE LINKE-Gruppe könne dem Beschlussvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN grundsätzlich zustimmen, schlage aber eine Aufhebung der Satzung mit sofortiger Wirkung vor. Laufende Verfahren sollten nicht mehr abgerechnet werden. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass die Stadt vor Aufhebung der Satzung noch abkassieren wolle. Eine andere Variante könne man den Anliegern nicht erklären und großer Unmut sei vorprogrammiert. Sie möchte sofort eine gerechtere Lösung, wobei die fehlenden Einnahmen durch eine Erhöhung der Grundsteuer ausgeglichen werden sollten.

Ratsherr Dälken wundert sich, dass das im Gesetzgebungsverfahren befindende geplante Gesetz zu den „wiederkehrenden Beiträgen“, das noch nicht vorliege, nun schon in Bezug auf Schwierigkeiten bei der Durchführung und rechtliche Probleme beurteilt werden könne. Auf die vom Bürger in der Anhörung angesprochene Unterschriftenliste erklärt er, dass auch eine Liste existiere, die die Beibehaltung der bisherigen Regelung fordere. Er halte es für ungünstig, die Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung und die Grundsteuererhöhung in einem Beschlussvorschlag zu kombinieren. Schließlich sei die Grundsteuer nicht zweck-

gebunden und könne daher nicht konkret für den Straßenausbau verwendet werden. Ratsherr Dälken weist darauf hin, dass eine Grundsteuererhöhung Landwirte und Betriebe, die in unserer Stadt Arbeitsplätze schaffen, zusätzlich belasten würde. Er gibt zu bedenken, dass die Steuerhebesätze ein bedeutender Faktor bei Ansiedlungsvorhaben von Unternehmen seien. Auch die Eigentümer von Neubauten in der Stadt würden sofort zu höheren Steuern herangezogen. Er führt weiter aus, dass der Mehrertrag aus der Erhöhung des Steuerhebesatzes zwar zunächst bei der Stadt verbleibe, sich diese Summe aber bei steigendem Durchschnittshebesatz – der der Kreisumlage zugrunde gelegt werde – verringere. Vor allem diejenigen Grundstückseigentümer, die kürzlich Straßenausbaubeiträge geleistet hätten, würden sich ungerecht behandelt fühlen, wenn sie ab sofort eine erhöhte Grundsteuer zu zahlen hätten. Feststehe aber auch, dass die Maßnahmen, für die eine Beitragspflicht entstanden sei, aus rechtlichen Gründen noch abgerechnet werden müssten. Er halte es nicht für ungerecht, wenn Anlieger an Bundes- und Landesstraßen nicht zu Beiträgen herangezogen würden; grundsätzlich seien diese immer mehr durch den Verkehr und den entsprechenden Lärm belastet als die Anlieger von Gemeindestraßen. Das Umlegen von Grundsteuererhöhungen auf Mieter würde bei diesen zu einer zusätzlichen Belastung führen, die er nicht gutheißen könne. Gewinner eines Systemwechsels seien also nur diejenigen Grundstückseigentümer, die Anlieger an in nächster Zeit zur Sanierung anstehenden Gemeindestraßen seien. Die Gemeinde Bohmte sei eher ein negatives Beispiel für den Systemwechsel; seitdem die Straßenausbaubeitragssatzung in 2010 aufgehoben worden sei, habe man dort lediglich eine Straße erneuert. Mit der Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens zu den „wiederkehrenden Beiträgen“ habe auch das Land signalisiert, dass diesbezüglich Neuerungen wünschenswert seien. Dieses Gesetz sollte auf jedem Fall vor weiteren Schritten abgewartet werden. Ratsherr Dälken erklärt abschließend, dass sich seine Fraktion vor dem Hintergrund der von ihm vorgetragenen Aspekte, die gegen einen Systemwechsel sprechen, gegen den Beschlussvorschlag der Fraktion der GRÜNEN ausspreche.

Im Verlauf der sich anschließenden kontroversen Diskussion unterstreichen weitere Ratsmitglieder die Argumentationen ihrer jeweiligen Fraktion bzw. Gruppe.

Seitens der SPD/DIE LINKE Gruppe macht Ratsherr Trimpe-Rüschemeyer noch einmal deutlich, dass es sich hier um zwei Anträge handele, die nicht zwingend zu koppeln seien. Dabei könnte s.E. der die Grundsteuererhöhung betreffende Antrag noch zurückgestellt werden, bis das Gesetzgebungsverfahren zu den „wiederkehrenden Beiträgen“ abgeschlossen sei.

Ratsherr Selige stellt die Historie der Straßenausbaubeitragssatzung seit deren Einführung in den 80iger Jahren auf Verlangen der Kommunalaufsicht dar. Damals habe es starken Widerstand der CDU-Fraktion gegeben und vor der Einführung seien bewusst noch einige Straßen nach altem Recht erneuert und nicht abgerechnet worden, wie z.B. die Hindenburgstraße. Er verweist auf die zahlreichen rechtlichen Auseinandersetzungen in Bezug auf die Festsetzung der Straßenausbaubeiträge, wie z.B. bei der Abrechnung des Theodor-Storm-Weges, in der letztendlich die Stadt unterlegen gewesen sei. Auch um derartige Auseinandersetzungen zukünftig zu vermeiden, sollte zum Wohle der Bürger die Chance ergriffen werden, die Straßenausbaubeitragssatzung aufzuheben, und zwar unabhängig von einer Erhöhung der Grundsteuer.

Ratsherr Schoppmeyer weist darauf hin, dass auf jeden Fall bei Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung die Infrastruktur „Straße“ erhalten bleiben müsse, entweder durch Aufnahme von Krediten oder Erhöhung der Einnahmen, z.B. der Grundsteuern. Dieser Ansatz der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei richtig. Der Vorschlag der SPD/DIE LINKE-Gruppe hingegen, die Satzung ohne Gegenmaßnahme aufzuheben, sei nicht konsequent. Er erklärt zudem, dass die städtische Satzung s.E. gerichtsfest sei.

Ratsherr Holz hält es für eine bequeme Variante, dem neuen Rat die Entscheidung über eine mögliche Grundsteuererhöhung zu überlassen. Aufgrund einer kontinuierlichen Steigerung der Baukosten sei eine einmalige Erhöhung nicht ausreichend, wolle man zukünftig die Kosten für alle Straßensanierungen damit ausgleichen. Zudem sei die Antwort auf die Frage einer „gerechten Lösung“ immer subjektiv. „Die gerechte Lösung“ gebe es nicht.

Ratsherr Selige erwidert, dass er den finanziellen Ausgleich bei Aufhebung der Satzung sehr wohl schon im Blick habe, zumal die Abschreibungen für das Vermögen „Straßen“ erwirtschaftet werden müssten. Er habe sich auch nicht generell gegen eine Steuererhöhung ausgesprochen, diese sollte aber nicht mit dem Beschluss zur Aufhebung der Satzung verbunden werden, es sei vielmehr eine strikte Trennung erforderlich. Seiner Ansicht nach sollte dem künftigen Rat die Entscheidung überlassen werden, solange sei ein Ausgleich des möglichen Einnahmeverlustes nur über Kredite möglich.

Ratsherr Bußmann erklärt, er sei aufgrund des großen Verwaltungsaufwandes in Bezug auf die Abrechnung nach der bisherigen Satzung zu der Erkenntnis gekommen, dass eine Umstellung evtl. sinnvoll wäre. Vor weiteren Überlegungen dazu sollte das geplante neue Gesetzesmodell abgewartet werden. Die jetzt fertig gestellte Falkenstraße sollte auf jeden Fall nach der bisherigen Satzung abgerechnet werden.

Ratsherr Dr. Haskamp spricht von einer Sozialisierung von Straßen, falls es zu dem beantragten Systemwechsel komme, und von einem Geschenk für alle, deren Grundstück an zukünftig zu erneuernden Straßen liege. Ein solches Geschenk könne natürlich verlockend sein, er könne sich aber nicht vorstellen, dass über die zusätzlichen Einnahmen infolge einer Grundsteuererhöhung alle anstehenden Straßenausbauten finanziert werden könnten. Er weist darauf hin, dass die Stadt auch bisher schon einen Teil der Kosten getragen habe und jeder Anlieger für seine Beiträge einen Gegenwert in Form einer sanierten Straße erhalten habe.

Ratsherr Beermann weist eingangs darauf hin, dass die letzte Grundsteuererhöhung in 2003 allein mit den Stimmen der CDU-Fraktion beschlossen worden sei. Die jetzige Straßenausbaubeitragssatzung weise einen Fehler im System dahingehend auf, dass sämtliche Bescheide erst zwei bis drei Jahre nach Beendigung der Baumaßnahmen abgerechnet würden. Die Einnahmen würden also immer erst mit dieser Verzögerung bei der Stadt eingehen. Entgegen der Aussage des Ratsherrn Dälken habe er die Information, dass mit der Systemänderung in Bohmte durchaus positive Erfahrungen gemacht worden seien. Seiner Ansicht nach sollte über die Aufhebung der Satzung sofort und über eine mögliche Anhebung der Grundsteuer zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.

Bürgermeister Pohlmann möchte nicht in die politische Bewertung einsteigen, aber einige Eindrücke aus Gesprächen der letzten Wochen aufzeigen. Er führt aus, dass er bislang den Entwurf des Gesetzes bzgl. der Erhebung „wiederkehrender Beiträge“ nicht im Wortlaut kenne, sich aber die Modelle anderer Bundesländer angeschaut habe. Sofern das Gesetz in Niedersachsen ähnlich angelegt sei, sehe er darin keine sinnvolle Alternative. Sollte die bisherige Satzung aufgehoben werden, müssten auf jeden Fall die entstehenden Einnahmefälle kompensiert werden. Diesbezüglich frage sich, von welcher Summe ausgegangen werden müsse. Die bislang im Raum stehende Summe von jährlich ca. 350.000 € Einnahmen sei rückwirkend ermittelt worden. Zukünftig stünde aber eine Vielzahl von Straßenausbaumaßnahmen an. Die heutige Präsenz der Bürgerinnen und Bürger fast ausschließlich aus dem Bereich Oesede-Nord, Tulpenstraße bis Holunderstraße, sei Indiz dafür, dass allein fünf Straßen mittelfristig anstehen. Rechne man diese Zahl auf ganz Georgsmarienhütte hoch, stünde man vor einer enormen Aufgabe und Ausgabe. Mit einer einmaligen Grundsteuererhöhung von 35 Punkten sei dieses auf Dauer nicht zu bewältigen. Bürgermeister Pohlmann geht davon aus, dass es vor diesem Hintergrund nicht bei einer Mehrbelastung von 25 bis 45 € pro Grundstück und Jahr bleiben werde. Die Größe der Grundstücke spiele dabei eine entscheidende Rolle, ebenso wie bei der Berechnung der Straßenausbaubei-

träge, die bisher ca. einmal pro Grundstück und Generation erhoben worden seien. Es könne zudem auch nicht davon ausgegangen werden, dass bei einem Systemwechsel zukünftig die Personalkosten einer vollen Sachbearbeiterstelle entfallen würden. Auch in Zukunft müsste die Verwaltung den Bürgern erläutern, wann welche Straßenausbauten in welcher Form vorgesehen seien. Eine ad-hoc-Umstellung sei aus seiner Sicht rechtlich nicht vertretbar, da alle Fälle, in denen eine sachliche Beitragspflicht aufgrund der Satzung in Verbindung mit dem Nds. Kommunalabgabengesetz entstanden sei, abzurechnen seien. Sehe man hiervon ab, komme dieses laut einem Aufsatz des Prof. Dr. Driehaus einem allgemeinen Beitragserlass gleich, der einen Straftatbestand darstelle. Er zitiert dazu aus dem o.g. Aufsatz, Seite 106: „Diese Beitragserhebungspflicht ist nicht nur dann verletzt, wenn Bürgermeister und Gemeinderat nicht alles tun, um eine wirksame Beitragssatzung zu erlassen und damit die Voraussetzung für das Entstehen sachlicher Beitragspflichten zu schaffen, sondern auch dann, wenn die dafür zuständigen Personen es unterlassen, auf der Grundlage einer solchen Satzung entstandene sachliche Beitragspflichten in vollem Umfang geltend zu machen“. Dieses gelte sowohl für die Mitarbeiter der Verwaltung als auch die Ratsmitglieder. Vor diesem Hintergrund könne er einer Satzungsauflösung zum 30.06.2016 nicht zustimmen. Unabhängig davon sei es keine Lösung, einen absoluten Systemwechsel herbeizuführen, ohne Übergangslösungen für die Bürgerinnen und Bürger bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen zu regeln. Eine zufriedenstellende Lösung könne er heute noch nicht bieten; dieser schwierigen Aufgabe müsse man sich aber stellen.

Ratsfrau Jantos vermisst Aussagen bzgl. des bisherigen hohen Verwaltungsaufwandes und der Prozessanfälligkeit. Die Frage der Gerechtigkeit sei schwer zu beantworten. Sie halte es für gerecht, wenn alle für den Straßenausbau zahlen und weist gleichzeitig darauf hin, dass Unternehmen auch bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen besonders betroffen seien. Die SPD/DIE LINKE-Gruppe lehne eine Erhöhung der Grundsteuer nicht ab, selbstverständlich müsse eine Kompensation der Einnahmeausfälle erfolgen. Diesbezüglich könne der Rat frei entscheiden. Von Geschenken an die Bevölkerung könne keine Rede sein, schließlich seien alle an der neuen Regelung beteiligt. Sie beantragt eine sofortige Aufhebung der Satzung. Sie könne sich auch mit einer Steuererhöhung rückwirkend ab dem 01.01.2016 einverstanden erklären. Man müsse einen klaren Schnitt ziehen, ansonsten wäre – würde man sich an der Aussage des Bürgermeisters orientieren – immer noch etwas abzurechnen.

Ratsherr Lorenz trägt vor, dass selbstverständlich Grundstückseigentümer, die einen Bescheid erhalten hätten, auch zahlen müssten. Würde die Satzung zum 30.06.2016 aufgehoben, dürften nach diesem Zeitpunkt keine Bescheide mehr erteilt werden.

Bürgermeister Pohlmann erwidert, dass eine Verletzung der Beitragserhebungspflicht nicht nur vorliege, wenn trotz Vorliegen einer wirksamen Beitragssatzung ein Beitrag nicht erhoben werde, sondern auch, wenn in dem Bewusstsein, dass eine Beitragspflicht entstanden ist, es unterlassen wird, diese in vollem Umfang geltend zu machen.

Fachbereichsleiter Dimek ergänzt, dass dies nicht nur aus dem Artikel von Prof. Driehaus hervorgehe sondern auch Dr. Claasen vom OVG Lüneburg gegenüber der Verwaltung erklärt habe, dass der Verzicht auf die Erhebung von Ausbaubeiträgen nach Entstehen der sachlichen Beitragspflicht strafbar sei.

Nach Beendigung der ausgiebigen Diskussion lässt die Ratsvorsitzende zunächst über den erweiterten Antrag der SPD/DIE LINKE-Gruppe, die Satzung mit sofortiger Wirkung aufzuheben, abstimmen.

Folgender erweiterter Beschlussantrag der SPD/DIE LINKE-Gruppe wird mit 19 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt:

Die Satzung der Stadt Georgsmarienhütte über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes für straßenbauliche Maßnahmen (Straßenausbausatzung – ABS) vom 16.12.2004, in der Fassung vom 11.11.2010, wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Folgender Beschlussvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird mit 19 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt:

Die Satzung der Stadt Georgsmarienhütte über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes für straßenbauliche Maßnahmen (Straßenausbausatzung – ABS) vom 16.12.2004, in der Fassung vom 11.11.2010, wird zum 30.06.2016 aufgehoben.

Folgender Beschlussvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird mit 32 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt:

Die Grundsteuer A und B wird von derzeit 360 Prozent auf 395 Prozent angehoben.

**16. Bebauungsplan Nr. 233 "Findelstätten - Erweiterung" 1. Änderung - Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/021/2016**

Ratsherr Schoppmeyer, Vorsitzender des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr, erläutert anhand eines Planes den vorliegenden einstimmig gefassten Beschlussvorschlag aus dem Fachausschuss FB IV sowie dem Verwaltungsausschuss. Er bittet um Zustimmung zu diesem Beschlussvorschlag.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, fragt die Ratsvorsitzende bezüglich der Beschlussfassung zu den Abwägungen, ob sich der Rat die Abwägungen und Stellungnahmen des Fachausschusses vom 15.02. bzw. des Verwaltungsausschusses vom 24.02. zu eigen machen und dann im Ganzen darüber abstimmen möchte. Dieser Vorgehensweise wird zugestimmt.

Folgender Beschluss wird bei 1 Enthaltung einstimmig gefasst:

Nach Abwägung der im Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 233 „Findelstätten – Erweiterung“ – 1. Änderung“ vorgetragenen Stellungnahmen wird dieser Plan gem. § 10 BauGB als Satzung sowie die Begründung beschlossen.
Der Bebauungsplan ist aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

**17. Bebauungsplan Nr. 276 "Teckelhagen - Erweiterung" - Abwägung nach erneuter Beteiligung - Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/022/2016**

Ratsherr Schoppmeyer erläutert anhand eines Planes diesen mehrheitlich gefassten Beschlussvorschlag aus dem Fachausschuss FB IV sowie dem Verwaltungsausschuss. Er weist auf die erfolgte erneute Beteiligung und die kontrovers geführte Diskussion hin und bittet um Zustimmung.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Ratsvorsitzende fragt bezüglich der Beschlussfassung zu den Abwägungen, ob sich der Rat auch in diesem Fall die Abwägungen und Stellungnahmen des Fachausschusses vom 15.02. bzw. des Verwaltungsausschusses vom 24.02.

zu eigen machen und dann im Ganzen darüber abstimmen möchte. Dieser Vorgehensweise wird zugestimmt.

Folgender Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst:

Nach Abwägung der in den Beteiligungsverfahren gemäß § 4a Abs. 3 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen wird der Bebauungsplan Nr. 276 „Teckelhagen - Erweiterung“ mit der Begründung als Satzung gemäß § 10 BauGB beschlossen.
Das Verfahren wurde gemäß § 13 a BauGB durchgeführt.

**18. Gebietsänderung Stadt Georgsmarienhütte/Gemeinde Bissendorf
Vorlage: BV/030/2016**

Die Ratsvorsitzende Schmeing-Purschke gibt vor der Beratung dieser Angelegenheit Herrn Bluhm die Möglichkeit, gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates angehört zu werden. Herr Bluhm begründet seinen Antrag auf Umgliederung seines Grundstücks entsprechend der Beschlussvorlage. Der jährliche Einnahmeverlust von 2000 € sei für die Stadt nur marginal und die Angst vor Nachahmern könne er nicht nachvollziehen. Er bittet um Zustimmung zum Antrag seiner Familie.

Nach dieser Anhörung trägt Ratsherr Schoppmeyer vor, dass gem. § 24 NKomVG Gebietsänderungen nur aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig seien. Er könne im vorliegenden Fall aber lediglich ein Eigeninteresse des Antragstellers erkennen. Aus diesem Grunde sollte die Stadt Georgsmarienhütte die Flächen nicht an die Gemeinde Bissendorf abgeben.

Ratsfrau Jantos erwidert, dass in der Verwaltungsvorlage die Gründe des öffentlichen Wohls klar dargelegt worden seien, wie z.B. die Auffindbarkeit des Grundstücks durch einen Rettungsdienst und der Siedlungskontext. Es überrasche sie sehr, dass diese Begründung entgegen der mit Wissen des Bürgermeisters erstellten Vorlage nun nicht mehr gelten solle.

Ratsfrau Olbricht schließt sich ihrer Vorrednerin an und fügt hinzu, dass ihrer Meinung nach das öffentliche Wohl das Wohl der Bürgerinnen und Bürger sei. Hierfür habe die Kommune Sorge zu tragen, ggf. auch in Form einer Umgliederung.

Ratsherr Beermann erklärt, dass er zunächst davon ausgegangen sei, dass diese gut begründete Vorlage ein Selbstläufer sei. Leider gehe die Beratung nun in eine andere Richtung, da die CDU-Fraktion scheinbar Verlustängste habe. Es frage sich, weshalb man Einwohner in Georgsmarienhütte halten möchte, die keine Verbindung zur Stadt haben. Sollte die Umgliederung abgelehnt werden, wäre zu prüfen, ob die Stadt eine Erschließung von Georgsmarienhütter Seite aus sicherstellen müsse, was wiederum zu Kosten führen würde.

Ratsherr Selige geht davon aus, dass die Aussage des Ratsherrn Schoppmeyer einer rechtlichen Beurteilung nicht standhalten würde; auch der jährliche Einnahmehausfall in Höhe von 2.000 € sei keine Begründung für eine Ablehnung der beantragten Umgemeindung. Seines Erachtens sei eine Klageberechtigung gegeben.

Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN können ebenfalls die Ansicht der CDU-Fraktion nicht nachvollziehen. Die Verwaltung habe in der Vorlage den positiven Vorschlag zur Umgliederung klar und deutlich begründet. Es sei auch Aufgabe der Stadt, ihre Bürgerinnen und Bürger in schwierigen menschlichen Situationen nicht im Stich zu lassen. Um eine solche handele es sich hier und die unbefriedigende Situation könne durch eine Gebietsän-

derung behoben werden. Der Kommentar Thiele zu § 24 NKomVG sage, dass Gebietsänderungen dazu dienen, die Erfüllung der in dem betroffenen Gebiet wahrzunehmenden Aufgaben zu verbessern und zu erleichtern. Vor diesem Hintergrund sehe man keinen Rechtsgrund gegen eine Ausgliederung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt die Ratsvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgender Beschlussvorschlag wird in Abwesenheit eines Ratsmitgliedes mit 19 Ja- und 19 Nein-Stimmen abgelehnt:

Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte stimmt dem Antrag der Familie Bluhm auf Umgliederung ihres in Georgsmarienhütte gelegenen Grundstücks „An der Zitterquelle 11, Gemarkung Holsten-Mündrup, Flur 3, Flurstück 8/6, mit einer Größe von 1.163 m², in das Gebiet der Gemeinde Bissendorf zu. Der Bürgermeister wird beauftragt, den notwendigen Gebietsänderungsvertrag mit der Gemeinde Bissendorf in der vorliegenden Form abzuschließen.

19. Bericht des Bürgermeisters

Ein Bericht des Bürgermeisters wird nicht vorgetragen.

20. Beantwortung von Anfragen

20.1. Sitzungsgeld

In der letzten Ratssitzung war die Zahlung von Sitzungsgeldern für sehr kurze Sitzungen thematisiert worden. Die städtische Entschädigungssatzung ist daraufhin in Bezug auf diese grundsätzliche Thematik geprüft worden. Die Satzungsregelungen decken eine Vielzahl von Situationen ab. Die Angelegenheit wird aber noch einmal in der nächsten Sitzung des Ältestenrates besprochen.

21. Anfragen

Ratsherr Lorenz fragt an, weshalb der Bürgermeister unter TOP 18 gegen die Verwaltungsvorlage gestimmt habe.

Eine Beantwortung dieser Anfrage erfolgt nicht.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Vorsitz

Bürgermeister

Protokollführung